

BERUFSVERBAND BAYERISCHER PSYCHIATER e.V.(BvBayP)

c/o Dr.med.Hans Martens,Gleichmannstr. 16,81241 München

Erding/München,23.4.18

**Herrn Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef- Strauß-Ring 1
80539 München**

**Betrifft: Stellungnahme des BERUFSVERBAND BAYERISCHER PSYCHIATER e.V.
(BvBayP) zum geplanten Bayer. Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (BayPsychKHG)**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

bereits in den wenigen Tagen nach Bekanntwerden der neuen Gesetzesvorlage zum PsychKHG durch diverse Medienberichte kamen in die Praxis vieler niedergelassener Kollegen zahlreiche besorgte und verunsicherte Pat., die um ihre Stigmatisierung und bürgerliche Entrechtung fürchten.

Durch die gemeinsame Nennung im Gesetz von - eigentlich für Versorgung psychisch Kranker positiven - Krisendienst, mit gleichzeitiger Meldung über polizeiliche Registrierung und Beobachtung psychisch Kranker nach stationärer Unterbringung sowie Nennen der Fachaufsichtsbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) setzen viele Patienten nun psychiatrische Behandlung (insbesondere Krisenbehandlung und auch Antragstellung für Grad der Behinderung!) mit Stigmatisierung, polizeilich unter Beobachtung Stehen und Speichern ihrer Daten gleich. Es werden staatliche Repressalien und Stigma befürchtet.

Gerade psychisch Kranke sind aufgrund jahrzehntelanger Stigmatisierung psychisch Kranker (besonders in Deutschland historisch bedingt - s. Euthanasieprogramme und Unterbringung politisch Andersdenkender als psychisch Kranke in DDR) besonders sensibilisiert und misstrauisch. Gerade diese Patienten sind besonders schützenswert.

Jahrelange Arbeit von Angehörigen-, Patienten- und Betroffenenengruppen und Psychiatern zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen und Gleichstellung mit organischen Erkrankungen (Gehirn ist Organ wie jedes andere!) können durch solche politisch motivierten Aktionen zunichte gemacht und gefährdet werden. Jahrelanges Bemühen um rechtzeitige Diagnosen und zeitnahe Behandlungen psychischer Erkrankungen wären dadurch gefährdet. Es ist zu befürchten, dass - wie

früher - psychische Nöte und Symptome verschwiegen und verleugnet werden und zu spät oder gar nicht fachärztliche Therapie aufgesucht wird.

Es besteht große Sorge bzgl. erneuter politisch motivierter Instrumentalisierung der Psychiatrie für Menschen mit psychischen Erkrankungen (z.B. Gleichstellung mit Straftätern).

Gefährdung der Öffentlichkeit ist auch durch allgemein menschlich motivierte Straftaten und auch i.R. anderer Erkrankungen nie ganz auszuschließen (z.B. auch durch Zucker-, Herzranke oder Epilepsiekranke und v.a. Suchtmittelmissbrauch im Straßenverkehr, beim Führen von Maschinen, unvorsichtiger Umgang mit Infektionen (z.B. Niesende und hustende Grippe erkrankte in Praxen, öffentlichen Gebäuden, öffentlichen Verkehrsmittel etc.)).

Es sollte daher baldmöglichst öffentlich diese Gesetzesnovelle zurückgenommen und deren Motivationen der Bevölkerung erklärt werden, um den bereits entstandenen Schaden für Menschen mit psychischen Problemen und Erkrankungen zu minimieren.

Ansonsten erfolgt eine wieder -wie früher - Zunahme von Stigmatisierung psychisch Kranker, nicht Behandlung von psychisch Kranken (dann höhere Gefährdung), Stigmatisierung von Angehörigen psychisch Kranker, Meidung von gut gemeinten Angeboten wie z.B. dem psychiatr. Krisendienst.

Der Vorstand

(i.A. stellvertret. Vorsitzende, Dr. med. Chr.
Kunzelmann (FÄ Psychiatrie/Psychotherapie)

Postanschrift Geschäftsstelle c/O :Dr.Rolf Tiedemann, Einsteinstr. 127, 81675 München Tel:089- 473560
Fax: 089- 470 74 87 Handy : 0160-97393675 (Email:dr_rolf_tiedemann@web.de)